



Organisatorische Maßnahmen und materiell- technische Grundanforderungen bei der Abwehr von Unfällen mit schwimmenden wassergefährdenden Stoffen

- Empfehlungen -

Die Empfehlungen wurden bei der 13. Tagung der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe am 24.10. und 25.10.2000 in Berlin bestätigt.

1. Einleitung

Gegenwärtig ist der Einsatz technischer Geräte zur Abwehr eines Unfalles mit wassergefährdenden Stoffen auf schwimmende Stoffe (vor allem Erdölprodukte) beschränkt und darüber hinaus von den Umgebungsbedingungen abhängig (z. B. Hochwasserverhältnisse, Eisverhältnisse, Windverhältnisse usw.).

In den frei fließenden Gewässerabschnitten wird in Abhängigkeit von den Fließgeschwindigkeiten ein System von Absperr- bzw. Ablenkmaßnahmen erforderlich sein, um eine möglichst große Menge des freigesetzten Stoffes von Gewässer abschöpfen zu können. Eine vollständige Rückgewinnung von schwimmenden Stoffen wird nur in den seltensten Fällen gelingen.

Die Bekämpfungsmöglichkeiten im Bereich der tidebeeinflussten Gewässer werden darüber hinaus maßgeblich von der Tide sowie von den Wind- und Strömungsverhältnissen beeinflusst.

2. Auswahl von Bekämpfungsstandorten

Zum gezielten Einsatz technischer Geräte zur Abwehr von Ölunfällen müssen vorab Bekämpfungsstandorte festgelegt werden, deren Auswahl auch unter Berücksichtigung besonders schützenswerter sensibler Gewässernutzungen oder Uferbereiche durchgeführt wird.

Die Bekämpfungsstandorte sollten folgende Bedingungen erfüllen:

- gute landseitige Erreichbarkeit der Standorte, auch unter Berücksichtigung der Reaktionszeiten (Alarmierung - Eintreffen am Bekämpfungsort), einschließlich der Befestigung von Zufahrten bis in das Gewässervorland
- vorhandener Platz zur Entfaltung der Kräfte, Lagerung und Aufbau von Mitteln und Geräten
- Zugangsmöglichkeiten zum Gewässerufer
- Standortsituation zur Entnahmemöglichkeit (z. B. Uferbefestigung, Buhnen, Gewässerbreite und -tiefe, Fließgeschwindigkeit usw.), Zwischenlagerung von aufgenommenen wassergefährdenden Stoffen, landseitiger Abtransport, u. U. auch mit schwerem Gerät
- Wertung und Akzeptanz der vorausgewählten Bekämpfungsstandorte durch die zuständigen Gefahrenabwehrbehörden unter Berücksichtigung der örtlichen Kenntnisse

3. Bekämpfungstechnik

Als Grundausrüstung werden neben Transport- und Bootstechnik mindestens benötigt:

- Ölsperren mit einer Lauflänge, die mindestens der 3fachen Gewässerbreite entspricht, inkl. Schlepp- oder Ankervorrichtungen
- Ölaufnahmegeräte (Skimmer inkl. ex.-geschützter selbstansaugender Pumpen)
- Ölseparator/Ölmop mit mind. 10 m³/h Leistungsvermögen
- Schlauchmaterial (Saug- und Druckschläuche)
- Netzersatzanlage (Notstromaggregat) 220/380 KVA
- 2 Saug-Tank-Wagen (ex.-geschützt)
- Hilfsmaterialien:
 - Lagerbehälter
 - Ölbinder, Handaufnahmegeräte

- Seilmaterial, Erdnägel (o.ä.)
- ex.-geschütztes Werkzeug
- Beleuchtung

4. Maßnahmen nach Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen

4.1. Schadensmeldung

Sie erfolgt grundsätzlich an die Leitstelle der Polizei / Feuerwehr oder die zuständige Wasserbehörde / Umweltbehörde. Sind nach Art des Unfalls oder der Menge des ausgelaufenen Stoffes die Meldekriterien des Internationalen Warn- und Alarmplans erfüllt, ist die jeweils zuständige Internationale Hauptwarnzentrale zu benachrichtigen.

Inhaltlich sollten folgende Mindestangaben gemeldet werden:

- Uhrzeit des Schadenseintritts, bzw. Bekanntwerden des Schadens
- Schadenstelle (möglichst genaue Ort-/Lagebezeichnung)
- Ausmaß des Schadens (soweit bekannt)
 - Art des wassergefährdenden Stoffes
 - Menge des wassergefährdenden Stoffes
- ggf. Schadensverursacher und/oder bisher getroffene Maßnahmen

4.2. Sofortmaßnahmen

Sie dienen, neben der Rettung gefährdeter Menschen, dem Schutz der Umwelt und der Verhinderung der Schadensausbreitung. Hierzu zählen insbesondere:

- das Absperren und Sichern der Schadensstelle,
- das Feststellen von Art und Gefährlichkeit des Stoffes,
- das Feststellen des gefährdeten Bereiches (Messen, Nachweisen, ggf. in Zusammenarbeit mit anderen Stellen),
- Erkundung der Ausbreitung des Schadstoffes (ggf. durch Hubschrauberbefliegung)
- das Verhindern der weiteren Ausbreitung,
- das Auffangen wassergefährdender Stoffe,
- das Abdichten schadhafter Behälter bzw. Umfüllen aus dem beschädigten Tank
- das Verhindern des Eindringens in andere offene Gewässer, Hafenanlagen oder besonders sensibler Bereiche (NSG, LSG),
- das Eingrenzen und Aufnehmen des wassergefährdenden Stoffes,
- das Löschen von Bränden,
- das Beseitigen von Brand- und Explosionsgefahren,
- die Warnung bzw. das Informieren der unterliegenden Gewässerbenutzer.

Die Sofortmaßnahmen vor Ort unterliegen der Führung des Einsatzleiters, er entscheidet über den Einsatz des zur Verfügung stehenden Gerätes und ggf. Hinzuziehung anderer Behörden oder Institutionen (Amtshilfeersuchen).

4.3. Folgemaßnahmen

Die Grenzen zwischen Sofortmaßnahmen und Folgemaßnahmen sind fließend. Für die Beseitigung von Folgeschäden sind i. d. R. die Schadensverursacher verantwortlich.

Die Maßnahmen zur Folgenbeseitigung hat die örtlich zuständige Behörde anzuordnen und (ggf. im Wege der Ersatzvornahme) durchzusetzen. Mit der Folgenbeseitigung können auch fachkundige Firmen beauftragt werden.

Eine Übersicht zu Möglichkeiten der Folgenbeseitigung muss in den Gefahrenabwehrplänen/Einsatzplänen der Landkreisverwaltungen bzw. der zuständigen Wasserbehörden vorhanden sein.

Insbesondere trifft das zu für:

- Adressen von Umweltbehörden (Wasser und Abfall)
- Adressen von Umweltlaboratorien
- Adressen von Entsorgern/Schadstoffdeponien
- Anlagen zur Behandlung und Beseitigung von Reststoffen

Die für die Abfallbeseitigung zuständige örtliche Abfallbehörde schlägt für die Beseitigung der verunreinigten Stoffe geeignete Anlagen, Lagerplätze, Deponien und Aufarbeitung / Entsorgung vor.

Die zuständige Behörde kann zur Kontrolle der Durchführung der Sanierungsmaßnahmen / Entsorgungsmaßnahmen bzw. Festsetzung von Restbelastungen entsprechende Überwachungsmaßnahmen anordnen.